



Matthias Micus & Felix Butzlaff

# Europa in den Parteien: Wege der Beteiligung

politik für europa  
#2017 plus

FRIEDRICH  
EBERT  
STIFTUNG

## politik für europa #2017 plus

EIN PROJEKT DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG  
IN DEN JAHREN 2015 BIS 2017

Europa braucht Soziale Demokratie!

Warum wollen wir eigentlich Europa? Können wir den Bürger\_innen die Chancen einer gemeinsamen sozialen Politik, einer starken Sozialen Demokratie in Europa aufzeigen? Das ist das Ziel des neuen Projekts der Friedrich-Ebert-Stiftung »Politik für Europa«. Zu zeigen, dass die europäische Integration demokratisch, wirtschaftlich-sozial und außenpolitisch zuverlässig gestaltet werden kann. Und muss! Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Demokratisches Europa
- Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa
- Außen- und Sicherheitspolitik in Europa

In zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen in den Jahren 2015 bis 2017 wird sich die Stiftung dem Thema kontinuierlich widmen: Wir setzen bei den Sorgen der Bürger\_innen an, identifizieren mit Entscheidungsträger\_innen Positionen und machen alternative Politikansätze transparent. Wir debattieren mit Ihnen über eine »Politik für Europa«!

Weitere Informationen zum Projekt erhalten Sie hier:  
<http://www.fes.de/de/politik-fuer-europa-2017plus/>

### Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die FES ist die älteste politische Stiftung Deutschlands. Benannt ist sie nach Friedrich Ebert, dem ersten demokratisch gewählten Reichspräsidenten. Als parteinahe Stiftung orientieren wir unsere Arbeit an den Grundwerten der Sozialen Demokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Als gemeinnützige Institution agieren wir unabhängig und möchten den pluralistischen gesellschaftlichen Dialog zu den politischen Herausforderungen der Gegenwart befördern. Wir verstehen uns als Teil der sozialdemokratischen Wertegemeinschaft und der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und der Welt. Mit unserer Arbeit im In- und Ausland tragen wir dazu bei, dass Menschen an der Gestaltung ihrer Gesellschaften teilhaben und für Soziale Demokratie eintreten.

### Über die Autoren dieser Ausgabe

**Dr. Matthias Micus** ist akademischer Rat am Göttinger Institut für Demokratieforschung, **Dr. Felix Butzlaff** ist dort wissenschaftlicher Mitarbeiter. Beide forschen zu Themen der Entwicklung der deutschen und europäischen Parteien.

### Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

**Dr. Michael Bröning**,  
Referatsleiter Internationale Politikanalyse

### Redaktion

**Dr. Alexander Schellinger**, Redaktionsassistent: **Paula Boks, Sabine Dörfler**

## INHALT

2	<b>Einleitung</b>
3	<b>1. Die Ebene der Ortsvereine und Kreisverbände</b>
5	<b>2. Die Ebene der Bundesländer</b>
8	<b>3. Die Bundesebene</b>
9	<b>4. Die Ebene der europäischen Parteien</b>
11	<b>5. Fazit und Best Practice</b>



## EINLEITUNG

Parteien, so eine gängige Metapher, sind »schwerfällige Tanker«. Dieses Bild symbolisiert den Vorwurf, Parteien reagierten nicht oder allenfalls stark retardierend auf Veränderungen ihres Umfeldes, seien sie sozialer, kultureller oder institutioneller Natur. Statt mit offenem analytischen Blick die erforderlichen Schlussfolgerungen aus dem gesellschaftlichen Wandel zu ziehen, würden sie sich atavistisch an vergangenen Triumphen berauschen und unbeirrt an einstmalig erfolgsverheißenden, ehemals angemessenen Strategien und Strukturen festhalten. Insbesondere große und traditionsstolze Organisationen würden zu »pathologischem Lernen« tendieren, wie die organisationspsychologische Formulierung lautet.

Indes: Gänzlich unbeweglich, weder vollkommen reaktionsunfähig noch auch reformunwillig, sind Parteien nicht. Auf tiefe Krisenerscheinungen vermögen sie durchaus mit organisatorischen Innovationen zu antworten. Es ist insofern kein Zufall, dass sämtliche Bundestagsparteien und insbesondere die Volksparteien in den letzten Jahren mit neuen Instrumenten und Statutenänderungen experimentiert haben. Dass sich alle Hoffnungen rundweg erfüllt hätten, ja dass in ersten Bilanzen bei jeder Maßnahme die Vorzüge ihre Nachteile auch nur überwiegen würden, ist damit nicht gesagt. Doch stellen die Reformimpulse zweifellos Reaktionen auf rückläufige Mitgliederzahlen, schwindende Wählerbindung, grassierendes Misstrauen, zunehmendes Protestwahlverhalten und damit verbundene Einbrüche bei den eigenen Wahlergebnissen dar. Weshalb sie denn auch eindeutig in die Richtung einer Mobilisierung der Basisanhänger, ihrer verstärkten Mitsprache bei der Personalauswahl und erweiterten Beteiligung an inhaltlichen Richtungsentscheidungen zielen.

Ein Indikator der Krise der etablierten Parteien ist nicht zuletzt die kontinuierlich sinkende Wahlbeteiligung. Bei Bundestagswahlen schrumpfte sie von über 90 Prozent in den 1970er Jahren auf zuletzt gut 70 Prozent. Bei Landtagswahlen tritt im – bisher noch seltenen – Extremfall mittlerweile nicht einmal mehr die Hälfte der Wahlberechtigten den Gang zur Wahlurne an. Solche Verweigerungsquoten sind bei Europawahlen schließlich sogar eher die Regel als die Ausnahme. Seit 1999 liegt die Beteiligung bei Europawahlen durchweg unter 50 Prozent. Auch 2014 machten trotz der erstmaligen Festlegung der europäischen Parteienzusammenschlüsse auf Spitzenkandidaten wieder 52 Prozent der Wahlberechtigten in Deutschland keinen Gebrauch von ihrem Stimmrecht.

Damit bilden die Nichtwähler bei Europawahlen die mit weitem Abstand größte Gruppe unter allen zur Wahlteilnahme Berechtigten – zum Vergleich: Für die »Wahlsieger« von der CDU/CSU stimmten zuletzt nur 16 Prozent aller Wahlberechtigten. Noch geringer als die Wahlbeteiligung ist das Interesse an europapolitischen Fragen in der Bevölkerung. Zum Zeitpunkt der drei Europawahlen zwischen 1999 und 2009 interessierte sich konstant ein bloßes Viertel der Wahlberechtigten in Deutschland für Europapolitik. Und selbst für das Gros derjenigen, die von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten, gaben eher bundespolitische denn europapolitische Erwägungen den Ausschlag für die Wahlentscheidung.

Dabei spielen die Parteien seit dem Vertrag von Maastricht 1993 und der Umbenennung der »Europäischen Gemeinschaft« in »Europäische Union« eine zentrale Rolle bei der »Herausbildung eines europäischen politischen Bewusstseins« und tragen »zum Ausdruck des Willens der Bürgerinnen und Bürger der Union« bei. Vor dem skizzierten Problemhintergrund liegt es daher nahe, zu betrachten, wie die deutschen Bundestagsparteien ihre innerparteiliche Entscheidungsfindung in europapolitischen Fragen organisieren; wie sie ihre Funktionen der Bevölkerungsmobilisierung, Meinungsbündelung und Entscheidungslegitimation mit Blick auf das Themenfeld Europa erfüllen. Wie informieren die Parteien über Europa? Hat das Volk oder haben zumindest die Parteimitglieder den Eindruck und Möglichkeiten, Einfluss auf politische Entscheidungen in der Europapolitik nehmen zu können? Wo wird in den Parteien über Europa diskutiert, wer darf mitmachen und welche Folgen zeitigen europabezogene Willensbildungen für das Handeln von Parteiführungen wie gouvernementalen Entscheidungsträgern?

Diese Fragen wollen wir in der folgenden Analyse zu beantworten versuchen. Dazu analysieren wir die Informationsvermittlungspraxis sowie die Beteiligungsformate der Bundestagsparteien CDU, SPD, Grüne und Linke auf den verschiedenen Gliederungsebenen, von der kommunalen und regionalen über die Landes- bis hin zur Bundesebene. Auch ein abschließender Blick auf die europäischen Zusammenschlüsse und ihre Partizipationsmechanismen soll in der folgenden Darstellung nicht fehlen. Im günstigsten Fall erhoffen wir dadurch Instrumente zu identifizieren, die realistische Aussichten bieten, das Interesse für die europäischen Belange und die Beteiligung an der gemeinsamen Sache in Zukunft (weiter) zu erhöhen. Wir konzentrieren uns dabei zunächst auf die ganz dezidiert Europa ins Zentrum stellenden Parteiformate und weniger auf die Frage, in welcher Weise die europäische Ebene bei allen Debatten und Strukturen mit behandelt wird.

Indes: Die Quellenlage ist dürftig. Zwar veröffentlichen die Parteien ihre Satzungen, in denen auch auf (europapolitische) Zusammenschlüsse und deren Stellung im Organisationsgefüge eingegangen wird, die äußerst selten politikwissenschaftlichen Abhandlungen zum Thema fußen freilich zumeist lediglich auf diesen Formalia. Wie aber die papierernen Bestimmungen mit Leben und Parteikultur gefüllt werden, oder auch nicht – das wird nur aus anderen Quellen ersichtlich. Wir haben daher Interviews geführt, um hier Einsichten zu bekommen, insgesamt 20 Gespräche, mit Parteiaktiven aller Ebenen. Jede der betrachteten vier Parteien (CDU/CSU, SPD, Grüne, Linke) wird im Interviewsample durch Gesprächspartner auf europäischer Ebene (aktuelle oder ehemalige MdEPs und Koordinatoren oder Mitarbeiter europäischer Parteiuntergliederungen), der Bundesebene (Koordinatoren der Parteizentrale für Formate auf Bundesebene oder die jeweiligen Sprecher bzw. Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaften etc.), der Landesebene (je nach Partei Vorsitzende einer Landesarbeitsgemeinschaft oder Sprecher der Landtagsfraktionen zum Thema Europapolitik) und der kommunalen Ebene (Aktive bzw. Sprecher von lokalen Arbeitsgemeinschaften) repräsentiert.

## 1. DIE EBENE DER ORTSVEREINE UND KREISVERBÄNDE

Die CDU versteht sich selbst als die deutsche »Europapartei« schlechthin. Historisch zumindest hat diese Selbstzuschreibung einige Berechtigung. Mit Robert Schumann, Alcide De Gasperi, Konrad Adenauer, Walter Hallstein waren Politiker aus dem christlich-demokratischen Spektrum Promotoren der frühen europäischen Einigung, während die SPD unter Kurt Schumacher die deutsche Westbindung zunächst ablehnte. Und derweil die Sozialdemokraten noch 1974 mit dem Versuch scheiterten, sich auf einen gemeinsamen Namen für ihren sich im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft formierenden lockeren Parteienzusammenschluss zu verständigen, hatten katholische, interkonfessionelle und konservative Parteien bereits im Mai 1947 mit der *Nouvelles Equipes Internationales* (NEI) eine Dachorganisation gegründet, aus der sich über mehrere Zwischenschritte hinweg im Frühjahr 1976 die Europäische Volkspartei herausbildete.

Dergleichen Vorsprünge sind von den anderen Parteienfamilien in der Zwischenzeit freilich mühelos aufgeholt worden. Dennoch zeichnet sich die Mitgliedschaft der CDU auch heute noch durch konstant hohe Zustimmungswerte zum europäischen Einigungsprojekt aus. Mentalitäten sind wandlungsresistenter als parteiorganisatorische Strukturen und programmatische Texte, durch erinnernde Erzählungen werden sie zudem verlässlich bestärkt, selbst wenn sie den tatsächlichen Gegebenheiten, nüchtern betrachtet, längst schon nicht mehr entsprechen. Infolgedessen weist die CDU auch im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts noch Anzeichen einer besonderen Verbundenheit mit Europa auf. Arbeitskreise zum Thema Europa finden sich bei den **Christdemokraten** auf der Ortsvereins- und Kreisebene so flächendeckend wie in keiner anderen deutschen Partei. Dies fällt umso stärker ins Auge, als es sich bei den Arbeitskreisen um Zusammenschlüsse handelt, die durch Satzungen nicht angeordnet werden, sondern sich dem verbindenden Interesse kleinerer oder größerer Teile der Mitgliederbasis für bestimmte Themen verdanken.

In ihrer konkreten Benennung wie auch in der Art der Zusammensetzung können sich diese lokalen Europa-Arbeitskreise dabei durchaus voneinander unterscheiden. Sie wenden sich – als Beispiel lässt sich hier der Arbeitskreis Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik der Bonner CDU heranziehen – ausdrücklich an den engeren Kreis der eingetragenen Parteimitglieder. Oder sie können – wie, um nur ein Beispiel zu nennen, der Arbeitskreis Europa der CDU in Neuss – für sämtliche Interessierte und also auch für Nichtmitglieder ohne grundsätzliche Einschränkungen geöffnet sein. Ob freilich die Differenzen bei den Einladungsformaten auf die tatsächliche Beteiligung an den Arbeitskreistreffen durchschlagen, ist zumindest fraglich. Die Aussage des Vorsitzenden eines auch für Sympathisanten ohne Parteibuch geöffneten Arbeitskreises Europa in der CDU Böblingen jedenfalls, der vor einigen Jahren einen »Grundstock« von »zehn interessierten Mitgliedern aus CDU und Junger Union« konstatierte, lässt sich auch als Eingeständnis des Scheiterns lesen, Nichtmitglieder zur (regelmäßigen) Mitarbeit zu gewinnen. Das korrespondiert im Übrigen mit den Erfahrungen bei anderen Veranstaltungen auf kommunaler Ebene, zu denen sich desgleichen allenfalls

ausnahmsweise einmal Nichtmitglieder verirren.

So dicht das Netz von Europa-Arbeitskreisen bei der CDU in Gemeinden und Kreisen auch ist, so zeigen sich doch trotzdem – oder gerade deswegen – spezifische Probleme bei der Vermittlung von Europapolitik und der Basisbindung in sie. In Niedersachsen beispielsweise kommen auf 65 000 Mitglieder genau drei Mitglieder des Europaparlaments (MdEPs), während etwa den Kommunalpolitischen Vereinigungen als kommunalpolitischen Informationskanälen und Interessenvertretungen der Kommunalpolitiker der CDU allein zwischen Weser und Ems mehrere Tausend Amts- und Mandatsträger der Unionsparteien in den Städten und Gemeinden angehören. Kommunalpolitik lässt sich daher wirkungsvoll in die Parteigremien, Fraktionen und Verbände hinein kommunizieren, auf die parteiinterne Willensbildung in der CDU können kommunalpolitisch Interessierte ebenso kraftvoll Einfluss nehmen, wie sie sich zuvor informieren lassen konnten.

Im Feld der Europapolitik ist so etwas nicht einmal annähernd möglich. Durch das verringerte Personal ist der Informationsfluss schwieriger und die Erreichbarkeit schlechter. In jedem Kreisverband gibt es ein bis zwei Landtagsabgeordnete, kaum jemals dagegen einen Europaparlamentarier. Mit dem Abgeordneten aber fehlt der Transmissionsriemen – die einfachen Mitglieder werden nicht informiert und können ebenso wenig ihren Vertretern ihre Forderungen mitteilen. Durch die dünne Personaldecke gibt es nur eine stark eingeschränkte Möglichkeit zu direktem Kontakt und persönlichen Informationen. Zudem: Während ein Europaparlamentarier etwa in Niedersachsen ca. 630 000 Wahlberechtigte vertritt, kommen auf jedes Mitglied des Landtages derzeit nur rund 44 600. Jeder MdEP der niedersächsischen CDU muss statistisch 22 000 Parteimitglieder informieren, das alles zudem neben der Ausschussarbeit und sämtlichen sonstigen Verpflichtungen in Brüssel. Schon die natürlichen biologischen Kapazitätsgrenzen der einzelnen Abgeordneten beeinträchtigen insofern die europapolitische Meinungsbildung. Sitzungen von Europa-Arbeitskreisen laufen daher zumeist so ab, dass während eines Großteils der Zeit die Teilnehmer durch den jeweiligen Europaparlamentarier passiv – und gemäß seinem europaparlamentarischen Themenschwerpunkt – informiert werden. Zu intensivem Diskurs und Meinungsaustausch bleibt keine Zeit.

Das alles ist, wie gesagt, ganz wesentlich der Diskrepanz zwischen Personaldecke und Wahlkreisgröße geschuldet, welche – dies vorweg – längst nicht nur die CDU betrifft, sondern die anderen Parteien ebenso. Selbst die besten Absichten eine enge Anbindung an die Basis betreffend, auch eine rege Mitarbeit und häufige Vorträge in Bezirksamtsgruppen sowie Kreisvorständen, dazu der regelmäßige Besuch von Schulen im Wahlkreis, verpuffen angesichts dessen nahezu wirkungs- und folgenlos.

Die kleinste Ebene **sozialdemokratischer** Basisbeteiligung stellen ebenfalls Arbeitskreise und -gruppen zu Europafragen auf Ortsvereins-, Stadt- oder Kreisverbandsebene dar. Diese werden in vielen Ortsvereinen, Stadtverbänden und Unterbezirken organisiert, sind aber nicht – wie es so schön heißt – institutionalisiert, ziehen sich also nicht systematisch durch die unterste Parteigliederungsebene. Sowohl ihre Diskussionsintensität als auch das Debattenniveau, ja grundsätzlich: die Bedeutung, die Europa politisch beigemessen

wird und ob überhaupt Europa-Arbeitskreise bestehen, hängt elementar vom Engagement und Interesse der lokalen Aktiven und Vorstände ab. Wenn die Träger der Parteiarbeit vor Ort ihren Blick nach Brüssel richten und nicht zuletzt infolge autobiografischen Erlebens um den Einfluss europäischer Gemeinschaftsentscheidungen auf das Alltagsleben der Unionsbürger wissen, dann wird auch in dem jeweiligen Ortsverein oder Unterbezirk im Vorfeld von Europawahlen Wahlkampf gemacht; und zu wichtigen Themen, zuletzt etwa den transatlantischen Handelsabkommen CETA und TTIP, werden Informations- und Diskussionsveranstaltungen zur Meinungs- sowie Willensbildung der Parteibasis organisiert. Die flächendeckende Regel allerdings, dies sei nochmals betont, scheint eine substanzielle Beschäftigung mit Europa in den kleinsten Parteieinheiten nicht zu sein. Vielmehr beklagen gerade die lokal engagierten Europa-Enthusiasten ein fehlendes Bewusstsein der Tragweite europäischer Beschlüsse, das sie an als unzureichend empfundenen innerparteilichen Positionsklärungen und anschließenden öffentlichen Stellungnahmen zu europapolitischen Zentralthemen wie dem Maastricht-Vertrag, der Osterweiterung der EU und dem Bologna-Prozess festmachen.

Mit Blick auf die Zusammensetzungspraxis sind die Arbeitskreise zumeist offen gehalten für interessierte Nichtmitglieder und Sympathisanten. Charakteristisch ist zudem der Versuch, die europapolitisch engagierten lokalen Verbände und Vereine wie in einer Art Netzwerk zusammenzubringen. Neben der Diskussion über Europapolitik und der Klärung der sozialdemokratischen Positionen werden, vergleichbar mit Arbeitskreisen zu anderen, nationalen oder internationalen Themenfeldern, Kontakte aufrechterhalten und gepflegt. Die sozialdemokratischen Europaabgeordneten, thematisch eingearbeitete Parteipolitiker oder aber fachliche Experten aus dem Bereich der Europapolitik werden eingeladen, um zu berichten und vorzutragen. Die Europa-Arbeitskreise stellen somit einen wichtigen Kern der entsprechenden Kommunikation und Basisbeteiligung dar, unterliegen aber schon qua ihrer Größe und ebenso aufgrund der Besonderheiten der Europapolitik einigen Einschränkungen. Ihre innerparteiliche Funktion ist als eine in zwei Richtungen wirkende Kommunikationsplattform zu beschreiben: Zum einen als Ort, an dem die Europapolitiker der Partei wie die im Europaparlament handelnden sozialdemokratischen Abgeordneten der Parteibasis ihre konkrete Politik und ihre Positionen dazu erläutern, zum anderen als Format, in dem die Parteibasis die Möglichkeit bekommt, ihrer Partei direkt oder vermittelt ihre Meinungen zur Europapolitik mit auf den Weg zu geben. Nicht zuletzt deshalb, weil bei Kommunalwahlen und in den Wahlprogrammen von Ortsvereinen, Stadt- oder Kreisverbänden das Themenfeld Europa nur eine untergeordnete Rolle spielt, da die Städte und Gemeinden als eigenständige Akteure auf der europäischen Ebene – anders als die Bundesländer oder die nationale Ebene – kaum eine Rolle spielen.

Kurzum: Einschränkungen der europapolitischen Diskussion ergeben sich auf den unteren Parteigliederungsebenen daraus, dass erstens längst nicht alle Gliederungen der untersten Ebene solche Arbeitsgruppen unterhalten. Zweitens fungieren die lokalen Gliederungen der SPD – wie nicht anders der konkurrierenden Parteien – in der europapolitischen Diskussion nicht als eigenständige Akteure, weshalb hier

lediglich eine Kanalisierung der Europapolitikvorstellungen nach unten wie nach oben stattfindet. Und drittens sind die jeweiligen Schwerpunkte der Diskussion zu europapolitischen Themen auch hochgradig abhängig von den jeweiligen Arbeitsschwerpunkten der lokalen MdEPs. Je nachdem, in welchen Ausschüssen diese aktiv sind, konzentrieren sie sich in ihren Berichten auf Ausschnitte der Europapolitik.

Ähnlich dem Engagement von Orts-, Stadt- und Kreisverbänden bei den Sozialdemokraten unterhalten viele Kreis- oder Stadtverbände der **Grünen** lokale Arbeitskreise zu Europa. Auch hier ist dies aber abhängig vom Interesse und Engagement der Mitglieder oder des jeweiligen Vorstandes. Die Verknüpfung von Basisinteressen im Bereich der Europapolitik, die Vermittlung von Politikentwicklungen in der Landes- und Bundespartei wie auch im europäischen Parteienzusammenschluss der Grünen an die lokale Basis, schließlich die Kommunikation der grünen Parteibasis mit den entsprechenden Parlamentsfraktionen (der Bundesländer, des Bundestages sowie des Europaparlaments) zum Thema Europa findet hier ihren Ort. Auch bei den Grünen fungieren Arbeitskreise zur Europapolitik auf Stadt- oder Kreisverbandsebene mehr als Kommunikationsplattformen denn als Beteiligungsinstrumente für konkrete Entscheidungen. Sie sind eher Orte eines möglichst auch für das Sympathisantenumfeld offenen unverbindlichen Informationsaustausches, als dass sie eine verpflichtende Beteiligung der Parteibasis an Festlegungen im Hinblick auf Programme und das Abstimmungsverhalten der legislativen oder exekutiven Mandatsträger der Partei sicherstellen würden. Gleichwohl bieten diese Formate für die Leitungsebenen der Partei wie für die Mandatsträger in den entsprechenden Parlamenten die Möglichkeit, Stimmungen an der Basis zu Europa wahrzunehmen und gleichzeitig ihre eigene Politik zu erläutern und zu vermitteln.

Am schwierigsten fällt es, die innerparteilichen Bedeutungs Zuschreibungen und Diskussionskanäle mit Blick auf die Europapolitik bei der **Linkspartei** zu beschreiben. Die Linke gibt diesbezüglich ein – abhängig von der Betrachtungsperspektive – wahlweise chaotisch, diffus oder vielschichtig zu nennendes Bild ab. Die Unklarheiten betreffen nicht nur die ganz üblichen, in allen Parteien bekannten Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Anhängerschaft zu grundsätzlichen strategischen Prioritäten und konkreten thematischen Schwerpunktsetzungen. Bezeichnend sind schon – dieses Wortspiel sei erlaubt – die Bezeichnungen der entsprechenden Arbeitskreise. Was abgeschwächt auch für die Grünen gilt, nämlich dass die außenpolitisch orientierten Parteizusammenschlüsse Europa nur als (kleinen) Teil einer breiteren Weltbetrachtung wahrnehmen, zeigt sich bei der Linken wie unter einem Brennglas konzentriert. Auf der lokalen Ebene taucht der Begriff Europa zur Namensgebung von Arbeitskreisen daher allenfalls sporadisch auf. Es gibt an der Parteibasis in einer bunten Vielfalt von Wortkombinationen Arbeitskreise und Arbeitsgemeinschaften zu Antirassismus, Migration und Flüchtlingspolitik, zu ethnischen Minderheiten und Integration, zu Frieden und Internationalem ganz allgemein. Europa dagegen ist hier – zumindest dem Namen nach sowie unter Ausblendung von Europa-Arbeitsgruppen in Linkspartei-Fraktionen und von Linken geleiteten Gemeinde-, Bezirks- oder Landratsämtern – beinahe eine Leerstelle.

Die Einladungen zu Gruppentreffen richten sich ansonsten gleichermaßen an Mitglieder wie Nichtmitglieder, sprechen neben sämtlichen Mitgliedern also ebenfalls alle Interessierten an. Das verbindet die Linke eher mit den anderen Parteien, als dass es sie unterscheidet. Eine weitere Besonderheit der Linkspartei ist freilich, dass sie speziell in den alten Bundesländern und insbesondere auf der lokalen und regionalen Ebene Mitglieder verschiedenster Gruppierungen links von SPD und Grünen zu linkspluralistischen Bündnissen und zur Bündelung der jeweiligen Kräfte einlädt. Infolgedessen finden sich in den Räumlichkeiten der örtlichen Linkspartei-Gliederungen oftmals nicht bloß Linkspartei-Mitglieder, sondern desgleichen Anhänger der Deutschen Kommunistischen Partei sowie diverser lokaler antifaschistischer, antikapitalistischer, antimilitaristischer etc. Anti-Gruppen ein. Hinzu kommen noch parteilose Linke. Auch dadurch bietet die Linke dem Betrachter ein schillerndes Bild.

## 2. DIE EBENE DER BUNDESLÄNDER

Auf der Ebene der Länder unterhalten die meisten Landesverbände der **CDU** Landesfachausschüsse (LFAs), die sich gezielt auf die europäische Politikebene beziehen. Sie werden von den Landesvorständen eingerichtet und jeweils für die Dauer der Amtsperiode des Vorstands einberufen. Die Kreisverbände und Vereinigungen eines Landesverbandes schlagen dem Landesverband Kandidaten vor – und der Landesvorstand trifft schlussendlich die Auswahl derer, die als Mitglieder des Landesfachausschusses berufen werden. Auch der Vorsitz und der entsprechende Stellvertreter werden durch einen Vorstandsbeschluss ernannt. Zwar können nach den meisten Satzungen Nichtmitglieder für die Landesfachausschüsse als Beobachter und auch zur Mitarbeit aufgenommen werden, die Sitzungen als solche sind allerdings in der Regel nicht-öffentlich. Die meisten LFAs tagen nach Bedarf und in nicht sonderlich dichter Folge von einer knappen Handvoll Sitzungen pro Jahr. Auch sind die Landesfachausschüsse nicht allzu groß, denn die Zahl der zugelassenen Mitglieder wird ebenfalls vom Landesvorstand bestimmt. Der LFA in Schleswig-Holstein etwa tagt zumeist mit ca. 20 Mitgliedern. Das Pendant in Niedersachsen umfasst 30 Mitglieder – es ist diesen in den letzten Jahren allerdings nicht ein einziges Mal möglich gewesen, einen Termin zu finden, bei dem alle drei MdEPs der CDU aus Niedersachsen gleichermaßen anwesend sein konnten, auch dies ein Ausdruck der individuellen Überlastung angesichts der geringen Parlamentarierzahl und also der dünnen Personaldecke auf europäischer Ebene.

In der Praxis sind es überwiegend Europa-, Bundes- oder Landtagsabgeordnete, welche die verschiedenen LFAs zu Europa leiten. An dieser Stelle wird auch der Fokus dieser Formate deutlich, ebenso die von den Kreisverbands-Arbeitskreisen zu unterscheidende Aufgabe. Denn die LFAs sind in erster Linie eine politische Beratung der Landesvorstände bzw. auch der Landtagsfraktionen und kein Instrument der Beteiligung der Mitgliedschaft. Die LFAs sind innerparteiliche Think Tanks, sie versammeln Vordenker, nicht die interessierte Basis. Die Verknüpfung mit Amts- oder Mandatsträgern der Partei ist entsprechend hoch.

Der Ablauf der Europa-LFAs differiert selten. Rund 80 Prozent der Zeit vergehen mit vortragsartigen, als »Bericht aus Europa« oder ähnlich titulierten Redebeiträgen des oder der anwesenden MdEPs zur Informationsauffrischung der Teilnehmer. Zu gründlicher Aussprache bleibt meist keine Zeit, der Termindruck lastet, der bzw. die Abgeordnete muss fort. An dieser Stelle zeigt sich auch der Mangel eines europapolitischen Aussprachegremiums auf hoher und höchster Ebene als Defizit. Die Kommunalpolitiker haben den Städte- und Gemeindetag, ein Pendant dazu gibt es für das Thema Europa nicht.

Unterschiede bei den Europa-LFAs zeigen sich zwischen den an Mitgliedern starken Landesverbänden und den mitgliederschwächeren in den neuen Bundesländern. Während erstere eine stark auf die Parteiorganisation gerichtete Binnenperspektive erkennen lassen, versuchen sich letztere mehr in Richtung interessierter Nichtmitglieder zu öffnen – mutmaßlich insbesondere aus dem Grund heraus, nicht genügend sachkundige Mitglieder zum Thema Europapolitik in den eigenen Reihen zu haben.

Auch in der **SPD** gibt es auf Landesebene Arbeitskreise, die in Europathemen den Landesvorstand beraten sollen und die sich ähnlich zusammensetzen, wie dies bei der Christdemokratie beschrieben worden ist. Diese Struktur existiert allerdings nicht flächendeckend, sondern nur in wenigen Bundesländern, etwa in Nordrhein-Westfalen. Insgesamt stellt sich das Konglomerat thematischer Arbeitskreise, Beiräte und anderer Gremien, die mitunter auch einer Beteiligung der Mitgliedschaft dienen sollen, bei der Sozialdemokratie recht zersiedelt dar.

Das Thema Europa wird darüber hinaus in vielen Landesverbänden nicht in separaten Foren behandelt. Einige wenige Landesverbände der SPD, Berlin und Sachsen-Anhalt, haben auf Landesebene Fachausschüsse zur Europapolitik eingerichtet. Diese werden vom Landesvorstand eingerichtet und bestehen parallel zu den etablierten Arbeitsgemeinschaften, die in der Partei fest institutionalisiert sind. Auch in der SPD bestehen die Aufgaben der Fachausschüsse darin, den Landesvorstand sowie die Abgeordneten des Landesparlaments in europapolitischen Fragen zu beraten sowie die entsprechenden europapolitischen Abschnitte der Landeswahlprogramme vorzubereiten. Darüber hinaus können sie allerdings auch initiativ tätig sein und ihre Anliegen und Forderungen in die Partei, den Landesvorstand oder qua Antrag in den Landesparteitag einbringen.

Die Fachausschüsse sind im Unterschied zur CDU allerdings prinzipiell offen für interessierte Nichtmitglieder und Sympathisanten. Sie haben einen auf zwei Jahre aus ihrer Mitte gewählten Vorstand, und wie bei den Arbeitskreisen auf lokaler Ebene gibt es meist E-Mail-Verteiler, über die eingeladen wird und in die sich Interessierte eintragen lassen können. Auch alle Parteimitglieder des Landesverbandes werden zu den Treffen der Fachausschüsse eingeladen sowie offensiv der Kontakt zu Stiftungen und Verbänden gesucht, die europapolitisch aktiv sind oder für die jeweils auf der Tagesordnung stehenden Themen eine ausgewiesene Expertise besitzen. Der Berliner Fachausschuss zu Europa tagt einmal im Monat – eine Frequenz, die anderenorts kaum erreicht wird und die sich auch aus der Berliner Sondersituation erklärt, dass in Berlin viele sozialistische oder sozialdemokratische



Parteimitglieder aus anderen europäischen Ländern leben (anders als etwa in Flächenländern), die eine europapolitische Diskussion auch mit Perspektiven aus anderen nationalen Parteien füllen. So gibt es unter anderem Berliner Sektionen der französischen Parti Socialiste wie der spanischen PSOE.

Die Arbeit der Fachausschüsse ist dabei trotz aller Offenheit vergleichsweise formalisiert und entspricht der klassischen Parteigremienarbeit. Die Verbindung zu bestehenden europapolitischen Arbeitskreisen auf der lokalen Gliederungsebene der Partei – so unterhalten etwa in Berlin die Kreisverbände Spandau und Mitte einen Arbeitskreis zum Thema Europa – wird über die Beteiligung der jeweiligen Sprecher oder Organisatoren gesichert, die in die Diskussion des Fachausschusses eingebunden werden. Die Resonanz auf die Themen und Sitzungen des Berliner Fachausschusses wird in Gesprächen mit Beteiligten als je nach Tagesordnung schwankend beschrieben. Im Schnitt seien etwa 20 bis 35 Teilnehmer anwesend, bei aktuell mobilisierenden oder als dringlich empfundenen Themen, etwa bei Veranstaltungen zu TTIP/CETA, wird dies um ein Vielfaches übertroffen.

Insgesamt wecken Veranstaltungen, bei denen es um eine grundlegende Perspektive auf die Idee und das Fundament europäischer Integration gehe, unseren Gesprächspartnern zufolge ein verhältnismäßig großes Interesse. Auch tagespolitisch aufgeladene Themen, wie die erwähnten Freihandelsabkommen, so heißt es, würden von der Mitgliedschaft sehr intensiv verfolgt. Je detaillierter und konkreter allerdings die europapolitischen Politikinhalte zum Inhalt der Diskussion würden, je technischer auch die Einzelheiten seien, die zur Diskussion gestellt werden, umso voraussetzungsreicher wird eine Beteiligung der Parteibasis und umso rascher schrumpfe die Zahl derjenigen, die sich noch einbrächten.

Generell wirkt es in den Interviews so, und zwar parteiübergreifend, als ob der Beteiligungswunsch der Parteibasis in Sachen Europapolitik durchaus begrenzt sei und zu einem großen Teil noch verstärkt auf die nationale Politik-, Parteien- und Regelungsebene fokussiert bliebe. Alle Gesprächspartner zu dieser Studie betonten des Weiteren, dass das Wissen um die europäischen Rahmenparteien, um ihre Aufgabe und Rolle und auch um die Möglichkeiten, als einfaches Mitglied mitzumachen und sich einzubringen, bei den Parteibasen in Deutschland und ebenso staatenübergreifend in den jeweiligen Schwesterparteien noch recht begrenzt ist. Eine bessere Information und umfangreichere Kenntnisse der Basis über die europäische Institutionenordnung, über Kompetenzverteilungen, politische Entscheidungswege und die Handlungslogiken der europäischen Verantwortungsträger im Spannungsfeld von Nationalstaatsdenken, Föderalismus und Supranationalismus gilt vielen deshalb als Voraussetzung einer stärkeren Einbindung der Parteimitgliedschaft. Solange die Sachkompetenz in der Breite nicht erhöht werde, verstärke ein Mehr an Basisdemokratie bei Europa-Themen nur die Tendenz zu Schnellschüssen auf Kosten überlegter Argumentationen.

14 Landesverbände der **Grünen** – jedes Bundesland mit Ausnahme des Saarlandes und Thüringens – unterhalten Landesarbeitsgemeinschaften (LAGs) zum Thema Europa (nicht selten zusammengefasst zu »Europa und Internationale Politik«). Diese Landesarbeitsgemeinschaften versuchen auf der Ebene des Landesverbandes das Thema Europapolitik zu

bündeln. Sie laden über Mailinglisten zu ihren Veranstaltungen ein und sind auch offen für Sympathisanten und Nichtmitglieder. Dabei treten allerdings durchaus Unterschiede von Bundesland zu Bundesland auf. Unsere Gesprächspartner aus verschiedenen Landesverbänden der Grünen schildern besonders Kontraste zwischen Flächenländern und Stadtstaaten. In Berlin etwa tagt die LAG Europa beinahe wöchentlich, viele Mitglieder fühlen sich nicht an eine Territorialorganisation (Kreisverband oder Ähnliches) gebunden, sondern finden ihr Engagement hier thematisch konzentriert. Insofern stellen die LAGs in den Stadtstaaten bisweilen eine Art Parallelstruktur zu den territorial angebundenen Gremien dar. Dadurch sind sie mit ihrer Diskussion europapolitischer Themen aber auch nicht unbedingt an die Parteistruktur angeschlossen, sondern arbeiten ein wenig abgekoppelt. Lediglich über die nicht statutarisch, sondern qua Teilnahme entstehenden personellen Verknüpfungen zwischen den auf Kreisverbandsebene bestehenden Arbeitskreisen und den LAGs entstünden hier Verflechtungen.

In Flächenländern hingegen könne meist schon aus logistischen Gründen aufgrund größerer Entfernungen keine Versammlungsfrequenz im Wochenrhythmus eingehalten werden. Außerdem sei es in Flächenländern eher so, dass die LAGs formell durch Delegierte bzw. Abgesandte aus den Kreisverbänden besetzt würden und diese insofern eher »Verlängerungen« der klassischen Gremienstruktur seien.

Alle LAGs hätten aber an sich offene E-Mail-Verteiler. Wer Lust hat und sich interessiert, ist zu den jeweiligen Themen eingeladen. Die LAG Europa und Internationale Politik in Niedersachsen etwa tagt vier- bis sechsmal im Jahr und versammelt dann meist knapp 20 Teilnehmer. Dies ist dem Eindruck von Teilnehmern nach zwar nicht weniger als in vielen anderen LAGs auch, aber doch ein substanziell geringerer Kreis als in den LAGs zu den grünen Kernthemen Umwelt, Energie oder Tierschutz. Die Besucher der LAG-Veranstaltungen seien zudem größtenteils Parteimitglieder, für Stimmrecht und die Möglichkeit, Delegierter zu werden, ist die Mitgliedschaft überdies Voraussetzung.

Auch sind die Landesarbeitsgemeinschaften mal mehr, mal weniger eng mit den entsprechenden Landtagsfraktionen verbunden, die europapolitischen Sprecher aus dem Kreise der MdLs berichten dort regelmäßig und sind in die Arbeit eingebunden. Der Eindruck bei den Grünen ist diesbezüglich insgesamt gespalten: Einerseits bestehen etwa bei den niedersächsischen Grünen klare Zuständigkeiten für die einzelnen Politikfelder und also auch Europafragen in der Landtagsfraktion, die durch Namensnennung u. a. auf der Internetseite der LAG auch öffentlich transparent gemacht werden, was den Informationsaustausch und die Möglichkeiten der LAG zur wirkungsvollen Intervention verbessern dürfte. Andererseits bildet die entsprechende Seite im Januar 2016 immer noch den Vorgänger der aktuellen europapolitischen Sprecherin der grünen Landtagsfraktion ab, obwohl der Wechsel von Gerald Heere auf Regina Asendorf da bereits länger als ein Jahr zurückliegt, was nicht eben für eine hohe Priorität des Europa-Themas bei den Grünen spricht.

Da sich die Grünen seit jeher zur Basisbeteiligung bekennen und sich mit hierarchischen Direktiven eher schwertun, betonen auch die Mitglieder verschiedener LAGs, mit denen wir sprechen konnten, die Möglichkeit, innerhalb der Partei



gehört zu werden und gute Durchsetzungsmöglichkeiten zu haben – wenngleich es zu diesem Zweck sicherlich förderlich sei, sich mit anderen LAGs zusammenzuschließen und die eigenen Europaabgeordneten ins Boot zu holen. Zugute käme den LAGs auch, dass die Grünen eine mehr oder weniger reine Listenpartei seien, mit dem Effekt, dass sich die Parteispitzen nicht ohne Weiteres über Parteibeschlüsse hinwegsetzen könnten, da sie sonst Gefahr liefen, von der nächsten Delegiertenkonferenz nicht wieder aufgestellt zu werden.

Für die LAGs ist es weiterhin von Bedeutung, ob die Grünen in einem Bundesland (oder auf Bundesebene) an der Regierung beteiligt sind oder nicht. Ein Großteil der konkreten europapolitischen Koordination und Einbindung läuft über die Exekutive und dort etwa auch über den Bundesrat. Auch Landesregierungen haben mit Bezug auf Europa mitzusprechen und sind oft genug direkter Adressat europäischer Regelungen. An dieser Stelle fungieren Landesregierungen auch als eine Art »Frühwarnsystem« für die Europapolitik der jeweiligen Regierungsparteien, weil sie dort intensiver in die Diskussionen der Exekutive mit einbezogen sind. Dies verändert die Art und Weise und auch die gefühlte Konsequenz der Basisbeteiligung.

Die konstatierte Sprachverwirrung, die jedenfalls Unkundige angesichts der Begriffsvielfalt im linken Parteien- und Bewegungsspektrum empfinden, verstummt bei der **Linkspartei** auf der Ebene der Landesverbände ein wenig, allerdings nicht gänzlich. Hier hat sich als landespolitischer Unterbau der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationale Politik (BAG FIP) in einer Reihe von Bundesländern eine Landesarbeitsgemeinschaft FIP gebildet. In elf von 16 Landesparteien differieren die Namen der entsprechenden Arbeitsgemeinschaften freilich von diesem »Standard«. Die Abweichungen können gering sein, wie in Baden-Württemberg (LAG Friedenspolitik) oder Mecklenburg-Vorpommern (LAG Frieden und Internationale Sicherheit); sie umfassen aber auch denkbar sperrige Wortungetüme, wie die Schleswig-Holsteinische LAG Flucht, Migration, Integration und Antirassismus.

Das Themenspektrum derjenigen Arbeitskreise, die sich mit internationaler Politik beschäftigen, ist angesichts dessen denkbar breit. Es reicht über Europa weit hinaus, die EU bildet mitnichten das einzige, sondern vielmehr eines unter mehreren anderen Themen, wenn man von der LAG Europa in Rheinland-Pfalz einmal absieht. Freilich, wenn Europa auch nicht das »Kernthema« darstellt, ein minoritäres »Randthema« ist es den Aussagen von Teilnehmern dieser außenpolitischen Zusammenschlüsse zufolge ebenfalls nicht. Vielmehr beschäftigen sich die verschiedenen LAGs FIP mit Globalisierungskritik, sie thematisieren die von ihnen so wahrgenommene Militarisierung der internationalen Politik und den Nahostkonflikt, aber sie diskutieren ebenso die politischen Entwicklungen in Deutschlands Nachbarländern sowie der EU.

Mehrschichtig ist auch die Ein- und Besetzungspraxis der Arbeitskreise und Arbeitsgemeinschaften. So bestimmt die Landessatzung etwa der Bremer Linkspartei, dass der Landesvorstand »zur Beratung und Unterstützung seiner Arbeit Kommissionen und/oder Arbeitsgruppen einsetzen« kann. Daneben können aber auch Arbeitsgemeinschaften

entsprechend der Bestimmungen zu innerparteilichen Zusammenschlüssen in der Bundessatzung gebildet werden. Da heißt es: »Innerparteiliche Zusammenschlüsse können durch die Mitglieder frei gebildet werden. Sie sind keine Gliederungen der Partei.« Das bedeutet, dass sich auch unorganisierte Interessenten und Linke ohne Mitgliedsbuch an der Arbeit der Zusammenschlüsse beteiligen können. Diese Offenheit ist in den LAGs der Linkspartei die Regel, das heißt auch auf dieser gehobenen organisatorischen Gliederungsebene werden Parteilose eingeladen und zur Mitarbeit aufgefordert.

Die praktische Arbeit verläuft dabei auf Landesebene wechselhaft, besonders viel Aktivität, Dynamik und Durchschlagskraft atmen die meisten Webseiten der LAGs nicht. Am wenigsten gilt das noch für die Berliner LAG Internationals, die infolge der auch die Europa-Arbeitsgruppen zumindest der anderen linken Parteien begünstigenden Sonderbedingungen in der Hauptstadt den Musterfall einer funktionierenden Landesarbeitsgemeinschaft darstellen dürfte. Die LAG Internationals wurde vor wenigen Jahren von Basisaktivisten gegründet, sie richtet sich explizit an Linke, die keinen deutschen Pass besitzen. Die LAG dominieren daher drei Personengruppen: Linkspartei-Mitglieder, die Mitglieder von Schwesterparteien und parteilose Linke. Ihr Teilnehmerstamm umfasst mittlerweile mehr als 20 Leute, die monatlich die Diskusstreffen besuchen. Daneben kommt ein engerer Kreis zu regelmäßigen Organisationssitzungen zusammen, wohingegen bei ereignisbezogenen Kulturveranstaltungen ein erheblich größerer Teilnehmerkreis angesprochen werden kann. So kamen zu den beiden Partys aus Anlass der Wahlen in Griechenland jeweils über 200 Leute. Mit dem fortwirkenden Effekt, dass sich statt der zehn Teilnehmer des letzten Jahres heute doppelt so viele verlässlich beteiligen. Wobei viel stärker als die Zahlen der aktiven Teilnehmer jene der Facebook-Follower der LAG und ihrer »passiven Unterstützer« gewachsen sind.

Weil die LAG Internationals erst vor Kurzem den offiziellen AG-Status von der Berliner Linkspartei zugesprochen bekommen hat und anerkannte Arbeitsgemeinschaften erst nach einem Jahr Delegierte zum Parteitag schicken dürfen, werden ihre Mitglieder dort erst 2016 erstmals als LAG-Vertreter auftreten dürfen. Auch in den Führungsgremien der Landespartei sind sie aktuell nur zufällig und nicht aufgrund eines für die LAG reservierten Sitzes vertreten. Und statt einer aktiven Unterstützung herrscht im Berliner Parteivorstand eher eine »Macht-mal-Haltung« vor. Doch werden der LAG eben andererseits keine Steine in den Weg gerollt. Ebenso wenig wird sie zum Erfüllungsgehilfen der Parteiführung degradiert, nach dem Motto: »Ihr müsst das und das machen«. Die LAG erhält regelmäßig Informationen vom Parteivorstand, auf Wunsch können ihre Vertreter bei Vorstandstreffen ihre Anliegen vortragen. Jedenfalls: Wenn ihre Sprecher teilnehmen wollten, durften sie das in der Vergangenheit auch. Bei Bedarf kann die LAG zudem die Räumlichkeiten der Partei nutzen – und finanziell wird sie ebenfalls unterstützt.

Dennoch, verallgemeinerbar sind die Berliner Verhältnisse nicht. Generell ist Europa auf Landesebene kein gleichbleibend vernehmbar vertretenes Thema, eher hängt es von den landesspezifischen Rahmenbedingungen und engagierten Einzelnen ab, ob und wo es intensiv bearbeitet wird. Und sogar in Berlin sieht die LAG als ihre Erfolgsressource die

Anbindung an die Bundes- anstelle der Landespartei an. Im Berliner Linke-Landesverband werde, so heißt es, vor allem Stadtpolitik gemacht, Europa sei in der Berliner Landespartei kein (großes) Thema, die Arbeit der vormaligen AG Internationales im Landesverband folglich binnen Kurzem wieder eingeschlafen. Die LAG Internationales arbeite deshalb vorzugsweise mit dem Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle im Karl-Liebknecht-Haus sowie mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) zusammen.

### 3. DIE BUNDESEBENE

In Fortsetzung der Konzentration auf die Politikberatung der (Landes-)Parteiführung, wie sie für die Landesfachausschüsse konstatiert wurde, stellt auch der Bundesfachausschuss (BFA) Europa der **CDU** ein klassisches Beratungsgremium dar und kann nicht im engeren Sinne als ein Instrument der Mitgliederbeteiligung verstanden werden. Die Aufgaben aller Bundesfachausschüsse, auch jener zu anderen Themen, bestehen darin, die einschlägige Programmarbeit vorzubereiten, den Bundesvorstand zu beraten und Kontakte zu externen Experten-Institutionen wie Stiftungen und Verbänden zu pflegen. Bei allen BFAs haben die Landesverbände ein Vorschlagsrecht für die Mitglieder, aus denen der Generalsekretär dann eine Auswahl trifft und zu den Sitzungen einlädt.

Im Fall des BFA Europa trifft man sich drei- bis viermal im Jahr mit etwa 35 Mitgliedern plus jeweils zu den Schwerpunkten eingeladenen Vortragsrednern oder Gästen. Der Generalsekretär beauftragt den BFA, sich mit bestimmten Themen zu befassen, dieser kann allerdings – und tut dies in der Regel auch – selbst initiativ tätig werden. Mitglieder sind, auch dies analog zu den christdemokratischen Landesfachausschüssen, vielfach CDU-Europaparlamentarier. Dies ist ein Unterschied zu den europapolitischen Zusammenschlüssen der anderen deutschen Bundestagsparteien, die sich mehr als Gremien *an* die MdEPs richten bzw. deren Politik diskutieren und nicht als Vertretungen *von* ihnen bestellt werden. Es zeigt sich hier abermals mit großer Deutlichkeit, dass die CDU, wie es ein Gesprächspartner formuliert hat, die »Basisdemokratie sicherlich nicht erfunden« hat – wenngleich sich die Partei den allgemeinen Trends der jüngeren Vergangenheit nicht verschließt und z. B. ihre Wahlprogramme samt ihrer europapolitischen Kapitel zunehmend in Rückkopplung mit der Parteibasis formuliert.

Europapolitik in der CDU ist exekutivlastig, vielleicht in besonderem Maße. Angela Merkel, so heißt es, wobei für die SPD unter Sigmar Gabriel grundsätzlich dasselbe gelte, habe letztlich wenig Interesse an einer ernsthaften, von der Parteiführung unkontrollierten, weil un gelenkten Basiseinbindung, auch und erst recht nicht in Europafragen. Sicher, Merkel besucht Landesparteitage, sie lässt Regionalkonferenzen veranstalten und bekennt sich rhetorisch zu den wiederholten Initiativen der Mitgliederaktivierung. Aber die christdemokratische Diskussionskultur hemmt offen ausgetragene Meinungsverschiedenheiten. Stattdessen wird Geschlossenheit beinahe als Wert an sich hochgehalten, Kontroversen werden frühzeitig im Keim erstickt oder – wie in der Flüchtlingsfrage – auf Parteitagen in demonstrative Einigkeitsgesten umgeleitet, anstelle einer polyphonen Willensbildung von

unten nach oben zeichnet die CDU zumindest in Regierungszeiten die monoton-disziplinierende Kommunikation von oben nach unten aus.

Thematisch fällt bei der CDU im Vergleich zu SPD, Grünen und Linkspartei das Gewicht auf, das wirtschaftspolitischen Fragen im europäischen Diskussionskontext zukommt. Alle Parteien diskutierten in den letzten Jahren TTIP, doch Christdemokraten beschäftigten darüber hinaus die Forschungs- und Bildungszusammenarbeit und infrastrukturelle Weichenstellungen. Charakteristisch für die CDU ist außerdem das Interesse für Wertefragen, für die Fundamente des europäischen Einigungsgebäudes. Griechenland dagegen wurde parteiintern überraschenderweise nur gleichsam nebenher debattiert.

Bemerkenswert – zum einen angesichts ihrer schieren Aktivität, zum anderen weil beides lagerübergreifend auch für die anderen hier betrachteten Parteien gilt – ist überdies das stark überdurchschnittliche Europa-Engagement der christdemokratischen Jugendorganisation Junge Union (JU) und die wichtige Rolle der parteinahen Stiftung KAS, nicht zuletzt als Finanzier der europapolitischen Initiativen der JU.

Bundespolitisch unterhält die **SPD** keine gliederungstechnische Fortsetzung der auch nur in zwei Landesverbänden existierenden Fachausschüsse. Es gibt mit Europa befasste Arbeitsgruppen in der Bundestagsfraktion und das Forum Internationale Politik beim Parteivorstand mit der »Europapolitischen Kommission« als einer von fünf Unterabteilungen. Diese sind allerdings im Kern eher Instrumente in den Händen der Parteiführung bzw. der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder, die sich mit ihren Politik- und Programmvorschlägen an die Parteibasis wenden, als dass sie Beteiligungsinstrumente im engeren Sinne darstellen würden.

Die Bundespartei hat auf der anderen Seite sechs sogenannte Themenlabore eingerichtet, von denen eines mit dem Titel »Eine gerechte und friedliche Welt« thematisch dezidiert auch die EU-Außenpolitik ins Auge fasst. Themenlabore sollen Veranstaltungsreihen sein, welche offen sind für Nichtmitglieder, und sollen einen »programmatischen Vorrat« aufbauen im Hinblick auf das für die Bundestagswahl 2017 zu erstellende Wahl- und (möglicherweise) Regierungsprogramm. Unklar ist dabei die Verbindlichkeit der Diskussionen, unklar sind die Wege, wie die Ergebnisse letztlich Eingang finden in das Wahlprogramm und auch die Frequenz sowie Reichweite der Veranstaltungen. Geleitet wird das Themenlabor von außenpolitisch erfahrenen Bundestagsabgeordneten oder regierungserprobten Außenpolitikern. Auf Nachfrage wussten unsere Gesprächspartner der europapolitischen Arbeitskreise oder Fachausschüsse kaum etwas zu dem Themenlabor zu sagen – und auch auf der sozialdemokratischen Homepage lässt sich außer ganz grundsätzlichen, wohlfeilen Äußerungen wenig in Erfahrung bringen. In den Interviews wurde denn auch über den Symbolcharakter der Basisbeteiligung zu europapolitischen Programminhalten der SPD geklagt – etwa zu den sogenannten Programmwerkstätten oder Werkstattgesprächen, die 2013 auch zu Europa stattgefunden haben. Besucher des damaligen Bundesparteitages konnten unter Anleitung und Moderation über ihr Verständnis und ihre Erwartungen an Europa sprechen und Politikideen formulieren.

Ein wichtiger, vielleicht *der* Aktivposten der europapolitischen Diskussion innerhalb der SPD sind die jüngst auf Grund

ihrer öffentlichen Vorsitzendenschelte wieder einmal in die Kritik geratenen Jungsozialisten (Jusos). Die Jusos arbeiten nicht bloß in verschiedenen internationalen Verbänden mit (den Young European Socialists, YES, sowie der International Union of Socialist Youth, IUSY), sie organisierten in den letzten zwei Jahren darüber hinaus ein ständiges Europaprojekt unter dem Titel »Globale Herausforderungen«, in dessen Rahmen sie mehrfach für Seminarwochenenden zusammenkamen. Außerdem haben die Jusos eine Arbeitsgruppe zu »Internationale Politik« eingesetzt und beteiligen sich am »Rise up«-Bündnis zur Mobilisierung der europäischen Jugend (»Generation Krise«) für ein soziales, demokratisches und ökologisches Europa. Vor allem bieten sie die regelmäßige Möglichkeit für Interessierte, an internationalen Camps der Jugendverbände, an Partnerschaften und Austauschfahrten teilzunehmen und so Europa kennenzulernen und die positiven Aspekte der Völkervielfalt und des supranationalen Zusammenwachsens zu verinnerlichen. Womöglich ist es also kein purer Zufall, dass sich in der Vergangenheit und Gegenwart mit Karsten Voigt, Wolfgang Roth, Heidemarie Wieczorek-Zeul und aktuell Niels Annen mehrere ehemalige Vorsitzende des Jugendverbandes als Protagonisten der europapolitischen Diskussion in der SPD hervorgetan haben. Und eventuell wachsen insofern bei den Jusos Kompetenzen und Talente heran, die in Zukunft eine Remedur der von besonders scharfen Kritikern der aktuellen Parteiführung diagnostizierten Mangelerscheinung defizitärer Europakompetenz im Parteipräsidium wie im Willy-Brandt-Haus schaffen könnten.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Europa der **Grünen** besteht aus Delegierten der LAGs (bzw. der Landesverbände) plus einigen kooptierten Mitgliedern, die mit vollen Rechten ausgestattet sind. Pro LAG werden zwei Delegierte in die BAG entsandt, die sich dreimal pro Jahr trifft. Aber auch diese Veranstaltungen sind offen und auf der entsprechenden E-Mail-Einladungsliste können sich Nichtmitglieder eintragen lassen. Die BAG übernimmt Initiativen aus den LAGs und arbeitet selbst nach Rücksprache mit dem Parteivorstand initiativ, berät diesen bzw. bereitet europapolitische Programminhalte vor. Andere Aufgaben der Sprecher der BAG sind es, Veröffentlichungen und Informationsmaterial zu den Beschlüssen aufzubereiten und den Kontakt mit der Bundesgeschäftsstelle nicht abreißen zu lassen. Die BAG wie die diversen LAGs übernehmen obendrein die Aufgabe, das manchmal schwer durchschaubare Politikgeflecht der Europäischen Grünen Partei (EGP) für die Mitglieder vor Ort zu übersetzen.

Satzungstechnisch neu bei den Grünen ist, dass eines der sechs Mitglieder des Bundesvorstandes ab der kommenden Wahlperiode, welche in zwei Jahren beginnt, zusätzlich die Aufgabe der »internationalen und europäischen Koordination« übernehmen wird.

Schließlich: Auf der Bundesebene verfügt die **Linkspartei** über verschiedene Diskussionszusammenhänge, in denen Europapolitik virulent wird. Da gibt es das Zentrum für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit (ZID), den Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle, die Internationale Kommission beim Parteivorstand und die Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationale Politik (BAG FIP). Während letztere dem Engagement der Basis prinzipiell weit offen steht, sind die anderen Einrichtungen Foren

von professionell Beschäftigten und berufenen Experten. Der Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle ist dem Bundesgeschäftsführer und letztlich den Parteivorsitzenden unterstellt, die Mitglieder der Internationalen Kommission beim Parteivorstand werden vom Parteivorstand berufen und im ZID, einer Abteilung der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS), zählen zum Referat Europa nur vier der insgesamt rund 40 Mitarbeiter.

## 4. DIE EBENE DER EUROPÄISCHEN PARTEIEN

Dies vorweg: Das verbindende Merkmal der europäischen Dachparteien oder Parteienrahmen ist unverändert, »dass sie nicht als Personalkörperschaften organisiert sind. Ihre Mitglieder sind also selbst Parteien.« (Heinrich Pehle) Im Unterschied zu den nationalen Parteien tragen sie nicht direkt zur Willensbildung der Bevölkerung bei, auch bei Wahlen treten sie nicht als Einheiten gegeneinander an. Ihre Funktion besteht vielmehr darin, europaweit programmatisch sich nahestehende – wenngleich keinesfalls stets deckungsgleiche – Parteien zusammenzufassen. Auch deshalb, aufgrund der inhaltlichen Differenzen ihrer nationalen Mitgliedsparteien und der Tatsache, dass diese bei Europawahlen vereinzelt sogar um Stimmen konkurrieren, unterscheiden sich die europäischen Parteiengebilde von den Organisationsstrukturen, wie sie sich im nationalstaatlichen Raum herausgebildet haben, bis heute und absehbar auch weiterhin beträchtlich.

Die **CDU** ist Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP oder European People's Party, EPP), einem Verband von mittlerweile 75 Mitgliedsparteien aus 40 Ländern. Individuelle Mitglieder sind nach der Satzung allerdings nur Abgeordnete der EVP-Fraktion des europäischen Parlaments bzw. andere EU-Parlamentarier, die auf Antrag aufgenommen werden können. Zwar entsenden die ordentlichen Mitgliederparteien auch Delegierte in den drei- bis fünfmal jährlich tagenden EVP-Vorstand, dies entsprechend der letzten nationalen Wahlergebnisse. Einflussmöglichkeiten und Mitbestimmungsinstrumente, welche einzelnen Menschen bzw. Parteimitgliedern Gehör schenken und Wege zur Mitarbeit aufzeigen, sind auf europäischer Ebene und oberhalb der nationalen Mitgliederparteien allerdings kaum zu finden. Zwar hat sich die EVP in ihrem Grundsatzprogramm 2012 zu einer Stärkung des paneuropäischen Charakters der europäischen Parteien bekannt, um auf diese Weise das EU-Parlament als politischen Akteur zu stärken. In der politischen Praxis hat dies aber bisher keine sichtbaren Folgen gezeitigt. Die EVP bleibt bis dato ihrem Charakter als Dachverband der nationalen Parteien verhaftet.

Der Zusammenschluss europäischer **sozialdemokratischer** und sozialistischer Parteien, die Party of European Socialists (PES), erlaubt statutarisch eine Basisbeteiligung auf übernationaler Ebene. Denn die PES ist nicht nur ein Dachverband nationaler Parteien, sondern auch eine Partei, der die Mitglieder der einzelnen Parteien als Einzelmitglieder angehören. In diesem Zusammenhang können diese sich als »Activists« registrieren und – bei einer Gruppe von mehr als zehn – als »City Group« zusammenschließen. Die Aktivisten können als Beobachter PES-Kongressen beiwohnen, jährlich wird ein »Activists Forum« organisiert, und sie sollen in Wahlkampagnen eine aktive Rolle übernehmen. Auch eine

initiative Rolle wird den registrierten Aktivisten zugesprochen: Wenn sich 500 von ihnen – via Unterschrift unter einen Antrag – zusammenschließen (oder 2,5 Prozent aller Aktivisten), die zudem auch noch mindestens 15 Mitgliederparteien oder -organisationen repräsentieren, dann muss sich das PES-Präsidium mit der Initiative beschäftigen. Die PES stellt auf ihrer Mitgliederseite die elektronische Infrastruktur zur Verfügung, um – nach Prüfung durch das Präsidium – Anträge zu veröffentlichen und via E-Mail die europäischen Aktivisten darüber zu informieren. Unterschreiben – auch dies elektronisch – können die registrierten Aktivisten dann innerhalb einer Sechsmonatsfrist. Eine Diskussion erfolgreicher Anträge allerdings ist der verbindlichste Erfolg, der in der »PES Activists Initiative« satzungstechnisch vorgesehen ist: »The final decision remains in the hands of the Presidency.«<sup>1</sup>

Neben den vergleichsweise hohen Anforderungen, dass Mitglieder aus 15 verschiedenen PES-Parteien eine Initiative unterstützen müssen, gibt es bei der Beteiligung direkt auf europäischer Ebene eine Reihe von weiteren Einschränkungen, die den nationalen Parteivorständen eine Vetoposition einräumen. Zunächst können nur Mitglieder der nationalen Parteien PES-Mitglieder sein oder sich als Aktivisten registrieren lassen (nur in dem Fall, dass man Mitglied einer politischen Organisation ist, die von der PES kooptiert, aber keine Partei ist, kann man als »Beobachter« beitreten, wobei der Aktivisten-Status den Mitgliedern der PES-Parteien vorbehalten bleibt). Zweitens muss jede Gründung einer City Group, die eine Art Ortsverein der PES darstellt, von der entsprechenden Parteizentrale der nationalen Partei bestätigt und die jeweiligen Sprecher von dieser in ihrer Rolle anerkannt werden. Drittens haben selbst erfolgreiche Initiativanträge von Aktivisten lediglich einen unverbindlichen Symbolcharakter.

Am Berliner Beispiel, wo es sowohl eine monatlich zusammentretende PES City Group gibt als auch einen Fachausschuss des Landesverbandes, wird allerdings ersichtlich, in welcher Weise verschiedene Facetten der Beteiligung der Parteibasis zu Europa ineinandergreifen können. Während die City Group eher informell als eine Art Stammtisch tagt und in ihren Veranstaltungen mehr die großen Linien europäischer Politik in den Blick nimmt sowie die Vernetzung mit Parteimitgliedern aus anderen Ländern sichern soll, übernimmt der Fachausschuss in der Tendenz sowohl die Thematisierung europäischer Politik in einzelnen Projekten und Politikfeldern als auch die Konkretisierung und Einspeisung von Beschlüssen in die Kanäle der Landespartei. Personell sind beide Institutionen miteinander verschränkt. Die Basisanbindung der Europapolitik in Berlin verläuft also zweigleisig: Über die Fachausschüsse in die Gremien der SPD und über die City-Group in die Mitgliedschaft der PES. In Gesprächen wird betont, dass über die Verschränkung beider Formate Ansinnen der eher informell arbeitenden City-Group auch in den Fachausschuss getragen werden, wenn es erfolgversprechender sei, formelle Beschlüsse anzustreben oder einem Thema über die nationale Partei mehr Durchschlagskraft zu verleihen.

Insgesamt wird aber von Mitgliedern beider Formate berichtet, dass es zur Rolle und Aufgabe der PES sowie besonders zu den Wegen, wie sozialdemokratische Politikinhalte auf europäischer Ebene durchgesetzt werden können, in der sozialdemokratischen Mitgliedschaft nur geringes Wissen gebe. Wie in Europa Entscheidungen getroffen würden und wer in der SPD oder SPE dafür verantwortlich ist, sei allzu oft (noch) nicht leicht zu überblicken. Die Beteiligungswünsche seien auch deshalb zumeist auf die lokale, regionale oder nationale Parteebene beschränkt. Mit dem letzten Europawahlkampf und der erstmaligen Ausrufung eines gemeinsamen SPE-Spitzenkandidaten habe sich dies zwar ein wenig geändert. Gleichzeitig gebe es aber eine fühlbare Skepsis innerhalb der SPD und auch im Landesverband, Themen bzw. die politische Symbolik aus der Hand zu geben. So würden etwa die Europawahlplakate und Flyer noch immer nicht das Logo der SPE tragen (dürfen), sondern nur dasjenige des Berliner Landesverbandes. Auch dies führe aber dazu, dass bei den sozialdemokratischen Parteimitgliedern, die ja auch einfache Mitglieder der SPE sind (wenn auch keine Aktivisten), viel zu wenig über die europäische Partei und mögliche Basisbeteiligungen bekannt sei.

Die BAG der **Grünen** ist qua Satzung mit dem Council der European Green Party (EGP) verknüpft, sie entsendet einen der fünf deutschen Delegierten zu diesen »kleinen« Parteitagen. Zu den großen Kongressen der EGP, welche zweimal in fünf Jahren stattfinden, schicken die Deutschen Grünen ca. 90 Delegierte, von denen als Besonderheit ein Teil direkt von den Landesverbänden gewählt wird. Diese werden nicht von den Landesvorständen ernannt, sondern sind dem Landesverband und den Mitgliedern verantwortlich und berichten auch an diese.

Die EGP als Zusammenschluss europäischer grüner Parteien besteht derzeit aus 39 Mitgliederparteien, welche allerdings nicht alle aus EU-Ländern stammen. Die politischen Perspektiven der EGP gehen folglich über den engeren Zusammenhang der EU noch hinaus bzw. müssen auch mit den Ansinnen von Mitgliedern aus Nicht-EU-Staaten in Einklang gebracht werden. Eine Vertiefung der Parteienintegration hin zu einer europäischen Gesamtpartei, welche ihr Politikzentrum auf die EU konzentriert, liegt nicht unbedingt im Interesse aller Mitglieder.

Noch stärker als die PES versteht sich die EGP als Dachverband der nationalen Parteien. Sie kennt lediglich drei abgestufte Strukturen individueller Mitgliedschaften: Abgeordnete der EGP-Gruppe der EU-Fraktion (die die EGP gemeinsam mit der Europäischen Freien Allianz unterhält), wenn diese nicht einer der nationalen Mitgliedsparteien angehören; das Netzwerk »Friends of EGP«, welches allerdings mehr eine Art Informationskanal ist, über welches Informationen versandt werden und in Wahlkampfzeiten Helfer rekrutiert werden können; schließlich registrierte Mitglieder eines »Supporternetzwerks«, die einen gesonderten Beitrag bezahlen. Diese unterstützen die Partei ideell und mit ihrer Expertise und werden je nach Fachgebiet mitunter zu Arbeitsgruppensitzungen der EGP eingeladen, können auch Treffen der EGP beiwohnen, bleiben allerdings ohne formale Antrags- oder Stimmrechte.

Etliche Gesprächspartner aus dem Kreise der Grünen Europapolitiker bzw. der in den LAGs/BAG Aktiven monieren,

<sup>1</sup> <http://d3n8a8pro7vhmx.cloudfront.net/partyofeuropeansocialists/pages/90/attachments/original/1394737582/PES-activists-Initiative-adopted-040210-EN.pdf?1394737582> (aufgerufen am 23. Dezember 2015).



dass vielen Grünen-Mitgliedern Rolle und Aufgabe der EGP einerseits und die Mitwirkungsmöglichkeiten darin andererseits kaum bekannt seien. Zwar habe es mit der ersten großen Wahlkampagne einer gesamteuropäisch orientierten Partei im Jahr 2004 (gemeinsames Manifest, einheitliche Kampagne und Spitzenkandidaten) sowie mit den ersten offenen Vorwahlen einer europäischen Partei zur Abstimmung über die beiden Spitzenkandidaten für die Europawahlen 2014 durchaus Schritte zu einem gesamteuropäischen Parteienbewusstsein gegeben. Dass von theoretisch etwa 400 Millionen EU-Bürgern über 16 Jahren, die zu den Vorwahlen zugelassen waren, nur gut 22 000 ihre Stimme online abgaben, zeigt jedoch, dass es auch bei der Basis der Grünen europapolitisch noch an Kenntnis und Interesse mangelt. Zwar wird in regelmäßigen Abständen Kritik aus den Reihen Aktiver an der Parteienbasis laut, auch individuelle Mitgliedschaften der EGP zuzulassen und die Beteiligungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene auszuweiten. Diese Diskussionen fallen aber angesichts der Interessen der nationalen Parteien, ihre Rolle und Aufgabe zu wahren, bislang auf recht trockenen Boden.

Die **Europäische Linke (EL)** als transnationaler Parteienzusammenschluss von Linksparteien sieht – ebenso wie auch die Dachverbände der christlich-konservativen, sozialdemokratischen und grünen Parteien – als standardmäßige Mitglieder nationale Parteien vor, auch hier gibt es aber abgestufte Möglichkeiten zu individuellen Mitgliedschaften. Dennoch gilt auch für die EL, dass ihr Zweck die Zusammenfassung nationaler Linksparteien ist, weshalb ihr Beitrag zur Willensbildung der Bevölkerungen der EU-Staaten von vornherein stark eingeschränkt ist. Bezeichnenderweise treten sie nicht einmal bei Europawahlen direkt sichtbar in Erscheinung, dies auch deshalb, weil ihre Mitgliedsparteien teilweise, wenn mehrere von ihnen aus ein und demselben Land stammen, bei den Wahlen gegeneinander konkurrieren.

Manches unterscheidet die Linke insofern von anderen Parteien, wie die vielfältigere Einbindung linker Splittergruppen und parteiungebundener Linker in die Arbeit von Parteigliederungen und »Europa«-Arbeitskreisen; oder auch die Rolle des Jugendverbandes Linksjugend Solid, der wie seine Pendant stärker international ausgerichtet ist als seine Mutterpartei, dessen Fokus aber noch stärker auf Regionen und Politikfeldern jenseits der Europäischen Union liegt. Anderes haben alle Bundestagsparteien gemeinsam, zum Beispiel eine in der Europapolitik und als Geldgeber der internationalen Arbeit der politischen Jugendverbände aktive Parteistiftung. Oder auch die Diagnose des zentralen Hindernisses für eine breitere Basisbeteiligung, das in einem mangelhaften Informationsstand der einfachen Mitglieder gesehen wird. Das Informationsdefizit, so die parteiübergreifende Einschätzung, verhindere, dass sich angeregte Diskussionen entwickeln, dies auch deshalb, da die Parteiführung an Kontroversen, die mit dem in solchen Momenten steigenden Interesse zumeist in Wahlkampfzeiten aufkämen, gerade in diesen aus Geschlossenheitsgründen nicht interessiert sei.

Dass freilich Erwartungen eines steigenden Europa-interesses für den Fall, dass die Betroffenheit des Einzelnen klarer herausgestellt wird, nicht abwegig sind, zeigt das Beispiel der Linken in den letzten zwei Jahren. Mit den Themen Griechenland und Spanien, den sozialen Krisen in beiden

Ländern und außerdem den spektakulären Nachrichten zu den Parteien Syriza und Podemos ist das Interesse an Europa unter Linkspartei-Mitgliedern gewachsen. Die Finanzkrise, das Erlebnis linker Wahlerfolge, die Proteste im Rahmen der EZB-Eröffnung in Frankfurt im März 2015 und der Austausch mit Zuwanderern aus den europäischen Krisenstaaten hätten, so hieß es von unseren Gesprächspartnern, manchem die konkreten Auswirkungen des Abstraktums »Europa« bewusst gemacht.

## 5. FAZIT UND BEST PRACTICE

Es ist insgesamt auffällig, dass in beinahe allen Gesprächen betont wurde, wie wenig die Mitglieder über Mechanismen der Politikentscheidungen sowie über mögliche Mitarbeitsfomate auf europäischer Ebene Bescheid wissen. Dies mag mit dazu beitragen, dass die Ebene der europäischen Politik für die jeweilige Basis der Parteien nicht unbedingt im Zentrum ihrer Forderung nach weiterer Beteiligung steht und das Interesse daran oft vergleichsweise gering bleibt. Weiter gab es an vielen Stellen ein Unbehagen an der »Ferne« der europäischen Politik, welche sich eben auch darin ausdrückt, dass ein regelmäßiger, persönlicher Kontakt mit den Europaabgeordneten für die lokalen Parteigliederungen kaum zu organisieren und für die MdEPs kaum zu leisten ist. Ein Europaabgeordneter vertritt als Parlamentarier viel mehr Menschen als ein Abgeordneter des Bundestages oder des jeweiligen Landesparlaments, ganz zu schweigen von den Relationen in der Kommunalpolitik. Dass ein direkter Austausch und ein unmittelbarer Kontakt der Repräsentierten zum Politiker unter diesen Voraussetzungen erheblich schwieriger zu organisieren oder aufrechtzuerhalten ist, leuchtet unmittelbar ein.

Markant ist weiterhin, dass in einer Stadt wie Berlin augenscheinlich – vor allem bei SPD, Grünen und Linken – die europapolitischen Diskussionen innerhalb der Partei(en) besonders intensiv und auch besonders offen geführt werden. Wenn sich etwa französische Sozialisten bei der PES in Berlin engagieren, dann bekommt der europäische Kontext eine greifbare Struktur. Das sozialdemokratische Beispiel der PES Activists Group und des Landesfachausschusses ist auch deswegen interessant anzuschauen, weil hier formelle und informelle Beteiligungsmechanismen miteinander verschränkt sind und je nach persönlichem Interesse verschiedene Beteiligungsangebote gemacht werden können. Die Einbindung des »europäischen« Ortsvereins der PES in die Struktur des »nationalen« Landesverbandes Berlin schafft eine Verbindung zwischen europäischer Partei und deutscher SPD. Gleichzeitig wird an dieser Stelle aber auch deutlich, wie weit alle europäischen Dachparteien noch von den Strukturen und Funktionen der nationalstaatlich organisierten Parteien entfernt sind. Individuelle Mitgliedschaften, ohne dass man zwangsläufig Mitglied einer nationalen Partei sein müsste, mit Einfluss und Mitbestimmungsmöglichkeiten, werden zumindest innerhalb der PES, der EGP wie der Europäischen Linken immer wieder so vehement wie bisher folgenlos gefordert, um das Bewusstsein einer europäischen Parteizugehörigkeit und darüber hinaus einer europäischen Gestaltungsebene und eines europäischen politischen Systems zu schaffen.

Viele der geschilderten Strukturen der nationalen Parteien laufen überdies auf eine Top-down-Kommunikation in der Europapolitik hinaus, in der sich die Dominanz der Exekutive und der insgesamt geringe Einfluss der Europaparteien spiegeln. Andererseits weichen die europapolitischen Meinungsbildungspraxen oftmals gar nicht fundamental von den allgemeinen Mitbestimmungs- und Einflussmöglichkeiten der Basis in anderen Politikfeldern ab und machen auch die Unterschiede der Diskussionskultur innerhalb der jeweiligen Parteien deutlich. Während die CDU beinahe alle Gremien oberhalb der Kreisebene als vergleichsweise geschlossene Elemente einer Beratung der Exekutive und der Vorstände aufgebaut hat, legen besonders die Grünen und die Linkspartei Wert auf eine weitgehende Beteiligung der Mitgliedschaft. Die SPD-Gliederungen stellen mit ihren Arbeitskreisen, Foren, Fachausschüssen etc. ein organisatorisch heterogenes Gebilde dar, welches keine stringente europapolitische Diskussion parallel zur Territorialorganisation erkennen lässt, und unterstreichen damit auch den innerparteilichen Föderalismus. Auch die europapolitischen Formate der Linken sind zersplittert und weisen kaum die Ebenen übergreifende Kontinuitätslinien auf.

Wir haben hier die Strukturen untersucht, die dezidiert Europa als Thema aufgreifen, sich also um die »große« Frage Europas kümmern. Ausgeblendet wurde, dass Europa darüber hinaus auch bei fast allen anderen politischen Themen als transnationale Ebene eine immens wichtige Rolle spielt: in der Wirtschaftspolitik, Außenpolitik, Sozialpolitik, Sicherheitspolitik etc. Kaum ein Thema und in der Folge kaum eine Instanz thematischer Willensbildung und innerparteilicher Beteiligung kommt ohne Europa aus. Dies müsste im Rahmen eines weit umfangreicheren Forschungsdesigns erfolgen, welches das Themensetting auf Bundesparteitagen ebenso untersucht wie das Aufgreifen europapolitischer Debatten und Auswirkungen auf allen Ebenen der Parteien.

Anstelle eines Resümeees wollen wir abschließend einige Punkte aufführen, die unserer Ansicht nach Anregungen für effizientere Strukturen oder eine bessere Beteiligung der Mitglieder beinhalten:

- 1 Die Kenntnis und das Wissen um Einflussmöglichkeiten und Entscheidungswege eröffnen Perspektiven und schaffen das Selbstbewusstsein, mitzumachen. Um das Interesse am Thema Europa zu verbreitern, könnte man etwa ehemalige Abgeordnete zu einer Art Wanderlehrer machen, die Europa den Parteimitgliedern erklären. Denn an vielen Stellen mag fehlendes Wissen um Funktionskanäle und Prozesse der europäischen Entscheidungsfindung dazu führen, dass die Basis auf diesem Themenfeld weniger vernehmbare Forderungen erhebt. Aktive MdEPs können dies kaum leisten. Ausgeschiedene Parlamentarier aber ihre Erfahrungen weitergeben zu lassen, um in Europa-Workshops Aktive der lokalen Gliederungen zu schulen, könnte eine Möglichkeit sein, hier die Parteibasis zu aktivieren.
- 2 Die Erfahrungen der Berliner SPD zeigen, wie wichtig die Verschränkung der Parteidiskussion mit einer konkreten europäischen Ebene sein kann, in diesem Fall über eine PES Activists Group mit Sozialdemokraten aus anderen Ländern. Da dies nicht in allen Städten oder Landesteilen ohne Weiteres möglich ist, müssen Formen gesucht werden, welche die Diskussion auf Europa und nicht auf den Landesvorstand oder Ähnliches ausrichten.
- 3 Die empfundene Dominanz der Exekutive in der Europapolitik führt auch dazu, dass den europäischen Parteienverbänden wenig Einflussmöglichkeiten oder Gestaltungsraum zuerkannt werden. Dies liegt allerdings auch daran, dass die nationalen Parteien bisweilen eifersüchtig über ihre Deutungsdominanz wachen und der europäischen Dachpartei wenig Raum zur Entfaltung lassen. Um die europapolitische Diskussion wie auch die eigenen Mitglieder zu prägen, sind die europäischen Parteien allerdings unerlässlich. Dass die europäischen Parteien über die automatische Kooptation der nationalen Mitglieder hinaus individuelle Mitglieder aufnehmen und ihnen Rechte und Einfluss zugestehen, kann hier ein Weg sein. Das Beispiel der Linken, in Deutschland Wahlpartys zu wichtigen Wahlen ihrer europäischen Schwesterparteien abzuhalten – etwa zu den Wahlen in Griechenland –, mag ein symbolisches, aber doch illustratives Exempel sein.
- 4 Die aufeinander aufbauenden Strukturen der Landes- und Bundesarbeitsgemeinschaften bei den Grünen, die wiederum Delegierte auf die Kongresse und in das Council der EGP entsenden, führen dazu, dass es der Basis gegenüber verantwortliche Politiker gibt, die nicht zeitgleich bereits als MdEPs ihre Rolle in der europäischen Exekutive innehaben. Dies verändert die Diskussionskultur innerhalb einer Partei und öffnet sie zur Basis hin.
- 5 Zuletzt: Die sehr viel stärker auf Europa hin orientierte Politik vieler Jugendverbände lässt hoffen, dass sich mit den Generationen eine stärkere Selbstverständlichkeit der europäischen Ebene der Politik entwickelt. Analog zur beschriebenen Berliner Erfahrung entwickeln sich mitunter intensive Bande mit ausländischen Schwesterorganisationen. Teilnehmer grenzüberschreitender Fahrten wirken wiederum als Multiplikatoren in den Verband hinein und verstärken hier die europäische Orientierung – sodass sich Kenntnisse und Erwartungen hinsichtlich der europäischen Integration weiter vertiefen.

Impressum:

© 2016

**Friedrich-Ebert-Stiftung**

Herausgeber: Abteilung Internationaler Dialog

Internationale Politikanalyse

Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin

[www.fes.de/ipa](http://www.fes.de/ipa)

Bestellungen/Kontakt: [info.ipa@fes.de](mailto:info.ipa@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

**ISBN: 978-3-95861-384-3**

Titelmotiv: © Opidanus/Marco2811-fotolia, k49red-shutterstock, Noé

Gestaltung: [www.stetzer.net](http://www.stetzer.net)

Druck: [www.bub-bonn.de](http://www.bub-bonn.de)

